

Exklusives für Entscheider

Das Katholische Forum Niedersachsen ermöglicht Begegnungen mit der katholischen Kirche

Hannover (wal). „Wenn wir den Menschen helfen wollen, dürfen wir nicht nur die Benachteiligten im Blick haben. Wir müssen auch an die Entscheider ran.“ Dieses Wort stamme vom Bischof Dr. Josef Homeyer, betont Diakon Jens Lüpke. Aus diesem Gedanken leitet der Direktor des Katholischen Forums in Niedersachsen eine seiner Aufgaben ab: Für „Entscheider“, also für Politiker, Verwaltungsleute und Wirtschaftsmenschen hochkarätige, exklusive Veranstaltungen anbieten. Immer mit einem Thema im Mittelpunkt, immer mit der Möglichkeit zur Begegnung auch und gerade mit Vertretern der katholischen Kirche im Bundesland.

„Es geht um Lobbyarbeit im besten Sinn“, sagt Lüpke. Wer Einfluss auf Menschen an Schaltzentralen nehmen will, müsse ihnen etwas bieten. Lüpke und seine Mitarbeiterin Jutta Hölscher versuchen dies mit einer Mixtur:

Aktuelle wie grundsätzliche Themen aufgreifen und Experten als Gesprächspartner zur Verfügung stellen – alles in einem, wie Lüpke betont, „exklusiven Rahmen“. Für ihn ist der „geschützte Rahmen“ wichtig. Nur so könne eine wirklich offene Diskussion gewährleistet werden. Dabei gebe es auch immer die Möglichkeit die Sichtweise der katholischen Kirche auf ein bestimmtes Thema einfließen zu lassen.

Eine gute Gelegenheit für den Caritasdirektor

Ein Beispiel: Das Katholische Forum hatte zur Diskussion über eine erste Auswertung der Arbeitsmarktreform HARTZ IV – deren Kernstück das Zusammenführen von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum neuen Arbeitslosengeld II ist – eingeladen. Auf dem Podium: Fachleute aus der Arbeitsverwaltung, den Kommunen, von Gerichten und Ämtern – aber auch mit Dr. Hans-Jürgen Marcus, dem Direktor des Caritasverbandes für die Diözese Hildesheim und Sprecher der Nationalen Armutskonferenz. Zuhörer: Sozialpo-

litiker aus allen Fraktionen des Niedersächsischen Landtages, Vertreter von Kommunen, aber auch von Caritasverbänden und der katholischen Kirche.

Marcus konnte die Gelegenheit nutzen, vor allem den Politikern die Sorgen und Nöte der Betroffenen zu schildern. „Es gibt eine massive Verunsicherung unter den Empfängern des Arbeitslosengeldes II“, berichtete der Caritasdirektor. Die größte Sorge bestehe um die eigene Wohnung. 45 Quadratmeter für die erste Person und 15 für jeden weiteren Menschen im Haushalt – das gilt in etwa als „angemessene“ Wohnung. Aber: Die Details regeln die einzelnen Jobcenter vor Ort. Wer zu teuer wohnt, kann zum Umzug gezwungen werden – und was zu teuer ist, liegt im Ermessen der so genannten „Fallmanager“, also der Ansprechpartner für Arbeitslose. „So etwas macht den Leuten Angst“, betonte Marcus. Der Diözesancaritasdirektor wies aber auch darauf hin, dass Jugendliche Gewinner der Reform sein können. „Für sie werden große Anstrengungen unter-

nommen“, sagte Marcus.

Auf einen anderen Erfolg wies Klaus Stietenroth, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit, die Zuhörer hin. Nach seiner Darstellung seien alle Empfänger von Arbeitslosengeld II kranken-, renten- und pflegeversichert: „Ein echter Pluspunkt.“

Teilnahme an Veranstaltungen nur auf Einladung

Vorsichtigen Optimismus verbreiteten auch Sonja Gartemann, Sozialdezernentin des Landkreises Osnabrück, und Erwin Jordan, Regionsrat der Region Hannover. Die Praktiker in Sachen Arbeitsmarktreform sprachen von einem guten Start – auch wenn noch viel Arbeit bleibt. Ihr Fazit: Die Auszahlung des neuen Arbeitslosengeldes II sei gelungen, der Aufbau der Beratungseinrichtungen sei jedoch noch längst nicht abgeschlossen.

Weitere Schwierigkeiten bei HARTZ IV: Für Dr. Reinhard Gelhausen, Präsident des Landessozialamts, ist die

Eingliederung von Behinderten in den Arbeitsmarkt noch unklar geregelt – vor allem die Frage, wer die Finanzierung für entsprechende Programme übernehme. Die Präsidentin des Landessozialgerichts Celle, Monika Paulat, verwies auf die Schwierigkeit die Widerspruchsverfahren gegen das Arbeitslosengeld II abzuwickeln. Ihr fehlten dazu die notwendige Zahl von Richtern – auch wenn ihr unlängst neun zusätzliche Richter zeitweise zugewiesen wurden.

„Solche Veranstaltungen sind natürlich hochspeziell“, sagt Lüpke. Aber sie ermöglichen den Austausch zwischen Entscheidern, Praktikern – und der Kirche. Im Verlauf des Jahres werden noch ähnliche Veranstaltungen folgen. Themen sind beispielsweise die Perspektiven der öffentlichen Wohlfahrt, die Eingliederungspolitik in Niedersachsen oder die Stellung des Bundeslandes in einem zukünftigen Europa. Exklusivität bleibt dabei garantiert: Die Teilnahme an den Veranstaltungen ist nur auf persönliche Einladung möglich.